

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU

Faire Wettbewerbsbedingungen für heimische Stahlindustrie sichern!

Bremen ist ein wichtiger Produktionsstandort für die Stahlindustrie. Der hier und in anderen deutschen Stahlwerken produzierte hochwertige Stahl hat eine Schlüsselfunktion für die industrielle Wertschöpfungskette und bildet eine Voraussetzung für die Exporterfolge der deutschen und bremischen Industrie. Das Bremer Stahlwerk von Arcelor-Mittal gehört mit seinen 3.500 Beschäftigten sowie weiteren 1.000 Mitarbeitern bei Partnerfirmen zu den großen Arbeitgebern der Region. Diese gilt es ebenso zu erhalten wie die industriellen Kompetenzen in der Stahlfertigung sowie in vor- und nachgelagerten Branchen.

Der Wettbewerbsdruck auf den internationalen Märkten hat zuletzt deutlich zugenommen. Er ist vor allem Resultat hoher Überkapazitäten in China. Die chinesische Stahlindustrie behindert mit subventionierten Produkten einen fairen Wettbewerb. Die Europäische Union ist eine von wenigen Wirtschaftsräumen, die keine Zölle auf die Einfuhr bestimmter Stahlsorten aus China erheben, obwohl dies beim Verkauf unter Herstellungspreis bzw. zu einem niedrigeren Preis als im Ursprungsland nach dem Reglement der World Trade Organization (WTO) möglich wäre. Die bisherigen Verfahren dafür sind deutlich zu schwerfällig, Verfahrensdauern von 1,5 Jahren sind keine Seltenheit. Ein von der EU-Kommission im April 2013 verabschiedeter und im April 2014 vom Europäischen Parlament angenommener Gesetzgebungsvorschlag zur Modernisierung der europäischen Handelsschutzinstrumente hängt nach wie vor im Europäischen Rat, ohne von diesem verabschiedet worden zu sein.

Hinzu kommen für die deutsche und europäische Stahlindustrie Belastungen durch die Energie- und Klimaschutzpolitik. Niemand stellt die Notwendigkeit der Energiewende in Frage. Allerdings müssen die Kosten der Energiewende fair verteilt werden und auch für die energieintensiven Industrien tragbar bleiben. Das Bestreben der Bremer Grünen, die besondere Ausgleichsregelung für energieintensive Branchen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) einzuschränken, ist in diesem Zusammenhang brandgefährlich. Die besondere Ausgleichsregelung muss unangetastet bleiben. Weitere Entlastungen für die heimische Stahlindustrie müssen geprüft werden. Auch bei der Reform des Europäischen Emissionsrechtehandels darf die industrielle Basis sowie die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Stahlindustrie nicht gefährdet werden.

Weder dem Klima noch dem Wirtschaftsstandort ist damit gedient, wenn energieintensive Industrien in Deutschland und Europa kaputt gehen oder ihre Produktion ins Ausland

verlagern, weil dann diese Produkte aus Ländern importiert werden, in denen die Umwelt- und Klimaschutzauflagen deutlich lascher sind bzw. nicht ausreichend auf ihre Einhaltung hin kontrolliert werden. Nur eine wettbewerbsfähige europäische und deutsche Stahlindustrie kann sich Forschung und Entwicklung sowie substanzerhaltende und zukunftssichernde Investitionen in umweltschonende Technologien leisten. Dies gilt gleichermaßen für das Bremer Stahlwerk.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene sowie auf europäischer Ebene für eine wirksame europäische Außenhandelspolitik einzusetzen. Hierzu gehört eine zügige Reform der Handelsschutzinstrumente sowie eine effiziente Anwendung der nach den WTO-Regeln bestehenden Schutzinstrumente im Fall von Dumping-Preisen. Eine Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft sollte von der Erfüllung der Kriterien abhängig sein, die die EU selbst als Voraussetzung hierfür definiert hat.
2. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für die uneingeschränkte Beibehaltung der besonderen Ausgleichsregelung im Erneuerbare-Energien-Gesetz sowie für eine dauerhafte und vollständige Befreiung der in der Stahlindustrie typischen Eigenstromerzeugung auf Basis von Kuppelgasen und anderer Restenergien von der EEG-Umlage einzusetzen.
3. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene sowie auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Vorschläge der Europäischen Kommission zur künftigen Ausgestaltung des EU-Emissionsrechtehandels in folgenden, für die Stahlindustrie existenzgefährdenden Punkten kritisch hinterfragt und im weiteren Gesetzgebungsverfahren geändert werden:
 - a. pauschale Verringerung der Benchmarks ohne Rücksicht auf die technische und wirtschaftliche Machbarkeit,
 - b. weitere Anwendung des sektorübergreifenden Kürzungsfaktors bei der Zuteilung von Zertifikaten und
 - c. nur anteilige Strompreiskompensation.

Jörg Kastendiek, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU